RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Europa und Eine Welt
Herrn Patrick Kunz, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
**18/5051**
VORLAGE

**DIE MINISTERIN**
**Daniela Schmitt**
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

. **Dezember 2023**

**Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 28. November 2023**
TOP 2 EU-Verordnung zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln in bestimmten Gebieten
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 18/4791

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der vorgenannte Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 28. November 2023 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

Den Vorschlag der Europäischen Kommission vom 22. Juni 2022 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR = Sustainable Use Regulation) wurde im Ausschuss für Europa und Eine Welt bereits am 01.12.2022 diskutiert.

Gerne wird über den aktuellen Sachstand berichtet.

Um diesen Verordnungsvorschlag wurde in den vergangenen 17 Monaten auf EU-Ebene und darüber hinaus hart gerungen. Letztlich scheiterte das Vorhaben jedoch durch die knappe Ablehnung am 22. November 2023 im Europaparlament. Der Antrag auf Rücküberweisung in den federführenden Umweltausschuss zur Neuverhandlung ist ebenfalls abgelehnt worden, somit können die Trilog-Verhandlungen mit dem Rat nicht beginnen, was wahrscheinlich zur Folge hat, dass es in dieser Legislaturperiode keine SUR -Verordnung geben wird.

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR, LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU

Auch unter den Mitgliedstaaten besteht keineswegs Einigkeit bezüglich des Verordnungsvorschlags. Das zeigt der aktuelle Stand der Beratungen in der Ratsarbeitsgruppe. Dort laufen aber auch nach der Ablehnung der SUR im Europaparlament die Verhandlungen weiter.

Bisher hält die spanische Ratspräsidentschaft an ihrem Plan fest, im Dezember einen gemeinsamen Standpunkt der Mitgliedstaaten vorlegen zu wollen. Dieser würde dann wieder ins Europaparlament gehen, das dann jedoch nur noch zustimmen oder ablehnen könnte.

Die spanische Ratspräsidentschaft hatte zuletzt einen revidierten Kompromissvorschlag zu den Streitpunkten „empfindliche Gebiete" und „Reduktionsziele" vorgelegt, der jedoch von einem Großteil der Mitgliedstaaten insbesondere hinsichtlich der Verbindlichkeit von Reduktionszielen abgelehnt wird. Den weiteren Verhandlungsverlauf in Brüssel werden wir sehr genau verfolgen.

Im vorliegenden Antrag wird danach gefragt, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreifen will, um Anpassungen der geplanten EU-Pflanzenschutzmittelverordnung im Sinne der Landwirte und Winzer zu erreichen. Frau Staatsministerin Daniela Schmitt hat sich immer wieder in Brüssel für die Belange der Landwirtschaft, insbesondere den Weinbau, aufgrund der hohen Betroffenheit bei den „empfindlichen Gebieten" eingesetzt und wird sich auch weiterhin einsetzen. Als Belege kann die sehr aktive Rolle im Bundesratsverfahren, mehrere Beschlüsse im Rahmen der Agrarministerkonferenz, die Veranstaltung in Brüssel im Oktober vergangenen Jahres und zuletzt auf einen gemeinsamen Brief mit den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen an Frau Kommissionspräsidentin Frau Dr. von der Leyen anlässlich der letzten Agrarminister-konferenz angeführt werden.

Dabei sind zwei zentrale Punkte dem MWVLW nach wie vor besonders wichtig: Eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln auf das Mindestmaß haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, diese müssen sich jedoch an vorhandenen Reduktionspotentialen orientieren, und bereits erbrachte Fortschritte müssen bei der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln ausreichend berücksichtigt werden.

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

Die Landesregierung setzt, wie im „Schulterschluss Artenvielfalt“ verankert, bevorzugt auf kooperative und freiwillige Maßnahmen, aber auch auf innovative Entwicklungen wie technischen Fortschritt und Digitalisierung. Dabei ist der Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen unerlässlich. Nur so können wir unsere wertvolle Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz aufrechterhalten und in die Zukunft führen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Schmitt